

**Kleine Anfrage zur kurzfristigen schriftlichen Beantwortung
gemäß § 46 Abs. 2 GO LT
mit Antwort der Landesregierung**

Anfrage der Abgeordneten Melanie Reinecke (CDU)

Antwort der Niedersächsischen Staatskanzlei namens der Landesregierung

Proxima Fusion und HTS-Produktion in Niedersachsen (Teil 1) - Finanzierung

Anfrage der Abgeordneten Melanie Reinecke (CDU), eingegangen am 17.09.2026 - Drs. 19/11631, an die Staatskanzlei übersandt am 22.09.2026

Antwort der Niedersächsischen Staatskanzlei namens der Landesregierung vom 07.10.2026

Vorbemerkung der Abgeordneten

Am 9. September 2026 haben das Land Niedersachsen und das Münchner Unternehmen Proxima Fusion eine Absichtserklärung über den Aufbau einer großindustriellen Produktion von Hochtemperatur-Supraleiter-Band (HTS-Band) in Niedersachsen unterzeichnet. Das Material soll insbesondere für leistungsstarke Elektromagnete in künftigen Fusionsanlagen eingesetzt werden. Nach Angaben von Proxima Fusion soll mit dem Vorhaben eine strategische Lücke in der europäischen Lieferkette geschlossen und industrielle Wertschöpfung im Bereich der Fusionstechnologie in Niedersachsen aufgebaut werden.

Nach den veröffentlichten Planungen sollen für die ersten beiden Projektphasen bis Ende 2029 Investitionen in Höhe von rund 140 Millionen Euro erfolgen. Angestrebt werde eine jeweils hälftige Finanzierung durch private Mittel und öffentliche Förderung. Das Land Niedersachsen plane, hiervon 21 Millionen Euro bereitzustellen. Damit wären nach den bislang veröffentlichten Zahlen von einem vorgesehenen öffentlichen Finanzierungsanteil von rund 70 Millionen Euro weitere rund 49 Millionen Euro durch andere öffentliche Mittel zu finanzieren.

1. Wie soll das für die ersten beiden Projektphasen vorgesehene Investitionsvolumen von rund 140 Millionen Euro nach dem derzeitigen Planungsstand finanziert werden (bitte aufschlüsseln nach privaten Mitteln, Landesmitteln, Bundesmitteln, Mitteln der Europäischen Union sowie etwaigen weiteren öffentlichen Zuwendungsgebern)?

Nach den aktuellen Planungen von Proxima Fusion sollen die Investitionen für die ersten beiden Projektphasen in Höhe von insgesamt rund 140 Millionen Euro bis Ende 2029 jeweils zur Hälfte durch private Investitionen und öffentliche Fördermittel finanziert werden. Vorgesehen sind demnach private Mittel in Höhe von rund 70 Millionen Euro sowie öffentliche Mittel in Höhe von rund 70 Millionen Euro. Die öffentliche Finanzierung soll nach den Planungen des Unternehmens insbesondere durch die Einwerbung geeigneter Fördermittel auf Bundes- und EU-Ebene erfolgen. Das Land Niedersachsen hat im Rahmen des Memorandum of Understanding seine grundsätzliche Absicht erklärt, eine erfolgreiche Einwerbung öffentlicher Fördermittel mit einer Kofinanzierung in Höhe von 30 % des öffentlichen Finanzierungsanteils und damit mit 21 Millionen Euro zu unterstützen. Diese Zusage steht unter dem Vorbehalt der Verfügbarkeit entsprechender Haushaltsmittel sowie der erforderlichen förder- und beihilferechtlichen Voraussetzungen.

2. Aus welchen Haushaltstiteln beziehungsweise Förderprogrammen sollen die angekündigten 21 Millionen Euro des Landes Niedersachsen bereitgestellt werden?

Die vorgesehene landesseitige Kofinanzierung soll aus Kapitel 1302 Titel 971 13 „Globale Mehrausgaben für zusätzliche Kofinanzierungsbedarfe“ bereitgestellt werden.

3. Für welche darüber hinausgehenden öffentlichen Finanzierungsanteile liegen gegebenenfalls bereits etwaige Zusagen, Anträge oder Gesprächsergebnisse vor?

Hierzu verfügt die Landesregierung über keine Kenntnisse. Das Fördermittelmanagement erfolgt durch das Unternehmen selbst.